

# BürgerInnenbrief **Mitte**

2. Februar 2010



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Winterfest? +++ Elbphilharmonie +++ LINKE doppelt +++ Ohne Spiele +++ Barrierefrei +++ Armut, Löhne, Mieten +++

## Hamburg: schön, aber nicht winterfest!



HamburgerInnen nehmen am 30.1.2010 die vereiste Außenalster in Beschlag

Unter dem Titel »Hamburg ist nicht winterfest!« bringt die Fraktion DIE LINKE auf der Bürgerschaftssitzung am 10. Februar 2010 einen Antrag ein, der dazu beitragen soll, Klarheit in das Desaster auf Hamburgs Straßen, Geh- und Radwegen in den letzten Wochen zu bringen und die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Kaum ist in Hamburg mal wieder ein richtiger Winter eingezogen, versagen nicht nur die räumpflichtigen HausbesitzerInnen, sondern insbesondere auch die Stadtreinigung und die mit dem Winterdienst beauftragten Unternehmen. Dut-

zende, wenn nicht gar Hunderte Knochenbrüche – genauere Angaben erwarten meine Fraktionskollegin Christiane Schneider und ich in der Antwort auf eine Kleine Anfrage beim Senat – belegen schmerzhaft, dass die Privatisierung und der Streichungswahn uns einmal mehr aufs Glatteis geführt hat. Insbesondere ältere oder bewegungsmäßig eingeschränkte BürgerInnen trauten sich trotz des schönen, bisweilen sogar sonnigen Winterwetter nicht vor die Tür.

Insbesondere auf bezirklicher Ebene sind in den vergangenen Jahren weite Teile des Winterdienstes von der Stadt

auf private Träger übergegangen. Dieser Umstand und auch die Kürzung von Mitteln und Personal sowohl bei den Bezirken als auch bei der Stadtreinigung haben das Chaos komplettiert: Die Nebenstraßen blieben meist völlig ungeräumt; die öffentlichen Gehwege sind weithin vereist. Da, wo geräumt wurde, ist der Schnee oft einfach nur auf den Fahrrad- oder auch Gehweg verschoben worden – und das in der vom Senat so gern propagierten Klimahauptstadt Hamburg.

Am vorvergangenen Wochenende räumte der Erste Bürgermeister ein, dass etwas schief gelaufen sei, ja, er »beklagte (den) mangelhaften städtischen Winterdienst«. Zeitgleich verkündete die Stadtreinigung die zeitweilige Abstellung von 300 MitarbeiterInnen, um zunächst die öffentlichen Trottoirs von Schnee und Eis zu befreien. Noch am 29. Januar meldete die »Morgenpost«, dass der Rathausmarkt noch immer »vereist und rutschig« sei, und ich sehe nicht, dass sich seitdem etwas zum Besseren gewendet hat.

In dem erwähnten Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Verantwortlichen auf, Bericht zu erstatten über:

»1. das Winterräumkonzept des Senats und dessen Umsetzung in den letzten Jahren und in Zukunft;

2. die Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichsten Akteuren des Winterdienstes;

3. die Räumung der öffentlichen Wege durch die Bezirke;

4. die zukünftige Planung, wie bei Schnee und Eis im Winter das Fahrradfahren gewährleistet werden soll;

5. die zukünftige Planung, wie bei Schnee und Eis im Winter für Fußgänger Sicherheit gewährleistet werden soll.«

Ich hoffe, dass die Debatte dazu beiträgt, die Mängel rasch zu beseitigen und die Kompetenzrängeleien und die Einsparungen an dieser völlig ungeeigneten Stelle zu überwinden.

Das verschneite Hamburg und die zugefrorene Alster sind nun wirklich nicht alltäglich. »Der Elbe Schifffahrt macht uns reicher«, hat Friedrich von Hagedorn (1708-1754) vor rund 250 Jahren geschrieben, aber »die Alster lehrt gesellig sein.« Dies – hoffentlich auch wieder am kommenden Wochenende – gemeinsam mit Zehntausenden HamburgerInnen beim Alstereisvergnügen in vollen Zügen zu genießen (ob mit oder ohne Glühwein, ist dabei aus meiner Sicht eher nebensächlich), fällt um so leichter, wenn die von der Politik zu verantwortenden Rutschfallen rasch beseitigt werden.

## Elbphilharmonie: Hochtief pokert Hochtief



Die Elbphilharmonie an der vereisten Elbe im Winter 2009/2010

Erneut gibt es heftigen Streit um die Elbphilharmonie. Es geht bisher nicht um Konzerte und die dafür notwendigen Betriebskosten. Seit langem steht fest, dass allein aus dem Verkauf von Konzertkarten die jährlichen Betriebskosten nicht bestritten werden können. Es geht immer noch um die Baukosten für die Errichtung des Konzertgebäudes.

Zuletzt eskalierte der Streit um die Kosten und den geplanten Eröffnungstermin im Mai 2012. Aktuell ist der Bau zwar nur knapp zehn Wochen in Verzug. Doch der Baukon-

zern Hochtief rechnet fest mit insgesamt einem Jahr Verzögerung. Entsprechend würden die Kosten – für die Stadt derzeit 323 Millionen Euro – weiter steigen, ich schätze, dass dies auf einen größeren zweistelligen Millionenbetrag hinausläuft. Verantwortlich dafür – so der Baukonzern – seien die Stadt und die Architekten, die ständig Änderungswünsche hätten und die Pläne nicht rechtzeitig lieferten. Das weist die Kulturbehörde zurück. Sie hält am Mai 2012 fest und wirft Hochtief vor, um mehr Geld zu pokern.

Angeblich wird in der SPD über einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) nachgedacht. Dass derzeit auch zur HSH Nordbank ein Untersuchungsausschuss arbeitet, wird nicht als Hinderungsgrund gesehen. DIE LINKE hat das Problem Elbphilharmonie schon seit längerem eingekreist und spricht sich für einen weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus. Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen darf von ihm allerdings nur ein begrenzten Fortschritt in Sachen Aufklärung erwartet werden.

Am 26. November 2008 überbrachte der Senat die erste unangenehme Botschaft: Statt des Festpreises von 114,3 Mio. EUR, dem die Bürgerschaft im März 2007 zugestimmt hatte, müsse die öffentliche Hand nun den dreifachen Preis von insgesamt 323,3 Mio. EUR für den Bau der Elbphilharmonie aufbringen. Eine genaue Aufklärung über die Kostenexplosion war für die Fraktion der LINKEN ein zentrales Anliegen. Leider sind wir mit der Aufhellung nicht wirklich vorangekommen. Klar war nur, dass es keine baulichen Gründe gab: Es ist kein neuer Saal dazugekommen, es gab keine großen Probleme bei der Bauentwicklung. Die Gründe müssen daher in den Beziehungen zwischen der Stadt, den Architekten und dem Generalunternehmer liegen.

Von der Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft wurde im Januar 2009 ein Antrag auf Akteneinsicht durchgesetzt. Der Senat stellte daraufhin einen Teil der Akten der Behörde und der REGE zum 1. Mai 2009 zur Einsicht bereit. Ein anderer Teil der Akten und insbesondere die Aufsichtsratsprotokolle wurde mit Hinweis auf Verschwiegenheit gegenüber den Vertragspartnern und auf Vorgänge, »deren Kenntnisnahme durch Dritte seinen [des Senats] eigenen Beratungs- und Entscheidungsbereich beeinträchtigen würde«, nicht vorgelegt. Insgesamt ging es um 274 Aktenordner, die zugänglich waren. 42 Ordner, vor allem über die Aufsichtsratssitzungen, sind mit dem Argument der gesellschaftsrechtlichen Verschwiegenheitsverpflichtungen gesperrt worden. Die Fraktion DIE LINKE hat von diesem Akteneinsichtsrecht intensiv Gebrauch gemacht. Aufgrund der Akteneinsicht gibt es mehrere Punkte, die genauer zu prüfen sind. Wir beziehen uns dabei im Wesentlichen auf die Protokolle der Bauherrenbesprechungen (BB).

1. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Vorplanungen für die Elbphilharmonie vor der Ausschreibung des Projektes nicht abgeschlossen waren.
2. Es gibt ebenfalls Anzeichen dafür, dass die angewachsenen und absehbar höheren Kosten aus wahlkampfaktischen Erwägungen monatelang, jedenfalls bis nach der Bürgerschaftswahl vom Februar 2008, verschwiegen wurden. Der Umgang mit den Informationen führt zu dem Verdacht, dass mit Blick auf die Öffentlichkeit das überfällige Krisenmanagement zu spät einsetzte und dadurch weitere Fehlentwicklungen programmiert wurden.
3. Schon zu einem frühen Zeitpunkt wurden die mangelnden Fachkompetenzen insbesondere für die Planung des »Großen Saales« festgestellt, aber nicht abgestellt.

Wir befürchten, dass der Hamburger Senat die Ausschreibung ohne ausreichende Planungstiefe bzw. mit so genannten

Planungsplatzhaltern vorgenommen hat, um das Leuchtturmprojekt Hafencity voranzutreiben und die Elbphilharmonie-Pläne frühzeitig präsentieren zu können. Eine mangelhafte Planung lädt zu Nachforderungen des Generalunternehmers ein. Vergeblich haben wir seit Mitte 2009 versucht, den Senat zur Vorlage der gesperrten Akten zu zwingen. Es ist ein Skandal, dass Aufsichtsratsprotokolle nicht eingesehen werden können. Gerade diese stellen nach unserer Auffassung einen wesentlichen Schlüssel zur Kontrolle der Planungen der Elbphilharmonie dar.

Abgesehen von der Frage der Verantwortlichkeit standen die Probleme mit dem großen Saal stets im Zentrum von Auftraggeber, Architekt und Baukonzern. Die zu erwartenden Kostenanforderungen waren entgegen allen Versicherungen nicht genau ermittelt. Daraus resultieren die aktuellen Streitereien um weitere Kosten und zeitliche Verzögerungen.

Das Projekt Elbphilharmonie gehörte zu der von der CDU angedachten Ära eines modernen Pyramiden- und Leuchtturmbaus. Ab 2004 boomte die Globalökonomie und mit ihr die Hamburger Wirtschaft. Der Senat – damals regierte die CDU mit absoluter Mehrheit – hatte beschlossen, ein Sonderinvestitionsprogramm »Hamburg 2010« (SIP) aufzulegen, um den Wachstumskurs zu beschleunigen und die »Wachsende Stadt« mit zukunftsfähigen Innovationen voranzubringen. Das SIP umfasste ein Volumen von 1 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2005 bis 2010, das je zur Hälfte durch Umschichtungen in den einzelnen Haushaltsplänen und mittels Erhöhung der Investitionsobergrenzen erreicht werden sollte. Man hat städtisches Tafelvermögen versilbert und riesige Projekte wie die U4 und die Umfinanzierung des Hafens auf den Weg gebracht. In der HafenCity sollte außerdem eine neue Konzerthalle errichtet werden, die auf einer Stufe mit den international führenden Konzerthäusern stehen und Hamburgs internationale Reputation als Musikstadt erheblich steigern sollte. Mit der spektakulären und unverwechselbaren Architektur der Elbphilharmonie auf dem Dach des Kaispeichers A sollte Hamburg darüber hinaus ein neues städtebauliches Wahrzeichen erhalten.

Nach der Regierungsbeteiligung der GAL sollten noch einige überfällige Reformen (Schule, Universität) hinzukommen, zugleich aber auch einige weitere Leuchtturmprojekte in Angriff genommen werden – ein Stadtbahnnetz und die Modernisierung der Elbinseln. Leider war allerdings schon im April 2008 die ökonomisch-finanzielle Geschäftsgrundlage einer solchen schwarz-grünen Leuchtturmpolitik dahin. Die Globalökonomie schlitterte in eine große Krise, die HSH Nordbank erlangte Weltruhm wegen eines verlustreichen Geschäftsmodells, und die sinkenden Steuereinnahmen haben riesige Löcher in den Hamburger Haushalt gerissen.

Jetzt haben wir den realexistierenden Kostensalat – und keiner will die politische Verantwortung übernehmen. Klar ist: Die Konzeption der Leuchttürme in Hamburg ist gescheitert und auch die Beteiligung der GAL hat die abgehobene Finanzpolitik der CDU nicht erden können. Stattdessen steht die Freie und Hansestadt Hamburg vor einem massiven Finanz- und Schuldenproblem.

## DIE LINKE: alles doppelt?



Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Klaus Ernst

Ich berichte im BürgerInnenbrief überwiegend über stadtpolitische und parlamentarische Dinge. Da ich der Partei DIE LINKE und deren Fraktion in der Bürgerschaft angehöre, bleiben Fragen nach der Entwicklung der Partei nicht aus. Nach dem Rückzug des bisherigen Parteivorsitzenden Lafontaine und des Verzichtes auf eine erneute Kandidatur zum Bundesgeschäftsführer seitens Dietmar Bartsch wird die Bundesebene weitgehend personell neu aufgestellt. Was bedeuten die Auseinandersetzungen? Dazu meine Sichtweise:

Nach den Querelen, die ich nicht nur als Ausdruck persönlicher Eitelkeiten sehe, sondern die in unterschiedlichen politischen Positionen begründet waren (und sind), suchten die abtretenden Funktionäre nach einer schnellen einvernehmlichen Lösung für das neue Personaltableau. Dadurch sollte dem Bild der Zerrissenheit, das von den Medien logischerweise noch verstärkt wurde, die Grundlage entzogen und die wachsenden innerparteilichen Spannungen in geordnete Bahnen gelenkt werden. Schließlich steht die Partei mit dem Kampf um den Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag vor einer für ihre weitere Entwicklung entscheidenden Herausforderung.

Es war klar, dass die mit der Personaldebatte deutlich zutage getretenen unterschiedlichen Vorstellungen über die Positionierung der Partei eine erneute Verständigung auf einen innerparteilichen politischen Pluralismus schwierig machen würden. Oskar Lafontaine hat in einer Rede den Kern der Auseinandersetzung, der unter dem Stichwort »Regierungsbeteiligung« geführt wird, noch einmal deutlich gemacht. Ich teile diese Sichtweise: »Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Ich bin für Regierungsbeteiligungen, wenn wir im Sinne unserer Programmatik die Politik verändern. Wer aber behauptet, nur durch die Regierungsbeteiligung könne eine Partei Politik und Gesellschaft verändern, verkennt die Wirkungsweise des parlamentarischen Regierungssystems. (...) Auch die Diskussion in Brandenburg verlief nicht nach dem Muster Regierungsbeteiligung ja oder nein. Vielmehr ging es um den Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst. Ich hätte den Koalitionsvertrag so nicht unterschrieben, weil unsere Haltelinien:

Kein weiterer Sozialabbau, kein weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst und keine weitere Privatisierung Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung sein müssen.«

Diesen so genannten roten (Halte)Linien mögen sich viele ostdeutsche Funktionäre (vor allem versammelt im Forum Demokratischer Sozialismus – FDS) nicht anschließen. Für sie sind auch (selbstverständlich sozial abgefederter) Beschäftigungsabbau oder Privatisierungen nicht tabu, wenn damit andere Aspekte der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (kurzfristig) finanziell abgesichert werden können. Spätestens seit der Auseinandersetzung um die Wohnungsverkäufe in Dresden bewegten sich die ostdeutschen Landesverbände daher im Widerspruch zum Kurs der Bundespartei und ihres Noch-Vorsitzenden Oskar Lafontaine.

Es war daher zu vermuten, dass die ostdeutschen Landesverbände vor allem ihre Dominanz im Apparat (Bundesgeschäftsführung) würden verteidigen wollen. Klar war aber auch, dass es Veränderungen geben musste, die dem gewachsenen Gewicht der westdeutschen Landesverbände, die mehrheitlich im Zweifelsfall Lafontaines bundespolitischer Linie folgen, Rechnung trägt. Nun sind diese Landesverbände aber selbst ein vielstimmiger Chor, der noch auf der Suche nach der Umsetzung der »Markenkerne« auf ihre jeweilige Landesebene ist. Dies gestaltet sich außerordentlich schwierig und geht einher mit viel fundamentalistischen Krausheiten und personellen Querelen.

Die Lösung besteht in Doppelbesetzungen, die aber vom Parteitag erst abgesegnet werden müssen. Unterm Strich ist ein Kompromiss herausgekommen, in dem der (vor allen in den Westländern ziemlich umstrittene) WASG-Mitbegründer Klaus Ernst und Gesine Löttsch die neuen Vorsitzenden geben sollen. Als Geschäftsführer werden Werner Dreibus und Caren Lay (FDS) vorgeschlagen, so dass dann auch das Karl-Kiebknecht-Haus unter »Doppelkontrolle« steht. Gegen diese Lösung gab und gibt es noch immer massive Widerstände aus den ostdeutschen Bundesländern. Entscheidend wäre allerdings nun, dass diese Lösung einvernehmlich in die Partei getragen wird.

# Gemeinsam mit den Menschen vor Ort

von Bernhard Stietz-Leipnitz

Am 31. Januar hatte die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte erstmals zu einem Neujahrsempfang in die Räume der »Grauen Panther« in der Lerchenstraße 37 eingeladen. Wo sich sonst alle zwei Wochen DIE LINKE-Stadtteilgruppe St. Pauli trifft, kamen rund 40 TeilnehmerInnen zusammen, darunter auch zwei Bezirksabgeordnete der GAL und der FDP. Neben Klönschnack, einem leckeren Buffet und dem Auftritt des Improvisationstheaters »impromptü« beleuchtete der Fraktionsvorsitzende Bernhard Stietz-Leipnitz einige interessante Aspekte des bezirklichen Engagements.



Gelb-schwarz, »bewegt« von Marut Perle (li.) und Sandra Clemens (re.)

Dies ist der erste Neujahrsempfang der Bezirksfraktion DIE LINKE nach knapp zwei Jahren in der Bezirksversammlung. Vielleicht ein Zeichen dafür, dass wir uns an die Arbeit im Bezirksparlament gewöhnt haben, hoffentlich keines dafür, dass wir schon etabliert sind.

Das vergangene Jahr begann für uns mit einem Schock: Im Februar fiel unser Fraktionsvorsitzender Marcus Donath einem tödlichen Autounfall zum Opfer. Für unsere kleine Fraktion nicht nur ein kaum ausgleichender Verlust, sondern auch der Zwang zu einer Art Neustart. Es dauerte ein paar Wochen, bis die Neuorganisation geregelt war, inzwischen glauben wir, auch in der neuen Konstellation mit Olaf Harms als Nachrücker und Christine Detamble-Voss und mir als Fraktionsvorsitzenden wieder Tritt gefasst zu haben. Zur Fraktion gehören außerdem Sandra Clemens, Renate Hercher-Reis und Ronald Wilken.

Wir sind vor zwei Jahren zur Wahl angetreten, weil wir den Anspruch hatten, mehr Transparenz in die bezirklichen Gremien bzw. das Handeln der Bezirksverwaltung unter Herrn Schreiber zu bringen, und die Gelegenheit zu nutzen, auch alternative Politikvorstellungen zur Sprache zu bringen. Dass wir in der Bezirksversammlung den Sozialismus per Dekret einführen könnten, haben wir nicht geglaubt. Wir finden, dass wir unseren Anspruch vielleicht nicht immer, aber immer öfter eingelöst haben. Beispielhaft will ich einige Themen anführen, bei denen wir aktiv geworden sind.

Vor der Bundestagswahl haben wir den Bezirk per Antrag aufgefordert, sich angesichts der Krise und steigender Erwerbslosigkeit für ein Sanktionsmoratorium in Sachen Hartz IV einzusetzen. Natürlich wurden wir wie meistens abgeschmettert, nicht mit inhaltlicher Begründung, sondern weil das angeblich nicht Sache des Bezirks sei. Komisch: Für die Abfederung der sozialen Folgen der Krise sind wir dann aber sehr wohl zuständig.

Apropos Hartz IV: Wir versuchen auch immer und überall offen zu legen, wo die so genannten Arbeitsgelegenheiten, im Volksmund Ein-Euro-Jobs, entweder der Bereicherung von schlaun Unternehmern dienen oder gar von der öffentlichen Verwaltung in Zeiten politisch gewollt knapper Haushaltsmittel genutzt werden, um ein Minimum an Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Beispiel hierfür sind die 83 Ein-Euro-JobberInnen bei nur noch neun tariflich bezahlten eigenen Kräften im Garten- und Landschaftsbau des Bezirks! Da kann die Auswirkung der Arbeitsmarktderegulierung von rot-grün in ihrer schwarz-grünen Ausprägung ganz praktisch beobachtet werden. Das findet übrigens auch der Landesverband Garten- und Landschaftsbau nicht mehr lustig.

Stichwort Opernloft: Das ist ein Angebot des Jungen Musiktheaters Hamburg, das auch wir für unterstützenswert halten. Aber: Unsere Anmerkung, die Bauarbeiten für den neuen Standort der Opernloft sollten doch von tariflich bezahlten Arbeitskräften anstatt – wie von SPD und GAL gefordert – zum

halben Preis von Menschen des Beschäftigungsträgers »Arbeit und Lernen« gemacht werden, finanziert vielleicht über eine Abgabe auf die teuren Karten in der Staatsoper, wurde von allen anderen Fraktionen verlacht. Seltsamerweise sah die CDU-geführte zuständige Behörde für Wirtschaft und Arbeit das dann so wie wir.

Wir sind hier ja in (oder auf?) St. Pauli, deshalb auch ein paar Anmerkungen zu laufenden Projekten dort. Seit anderthalb Jahren begleiten wir das Hochhausprojekt »Tanzende Türme« an der Reeperbahn kritisch. Verhindern werden wir es nicht, denn die Ursprünge liegen bereits in der vorvorigen Wahlperiode, es geht nur noch ums Detail. Das allerdings zugegebenermaßen recht intensiv. Ich habe zuhause einen prall gefüllten großen Ordner mit Unterlagen. Leider geht es aber eben nur ums Detail, nicht um die Frage, ob solche Projekte für den Stadtteil überhaupt verträglich sind.

Laufend haben wir die Auseinandersetzung um das Bernhard-Nocht-Quartier begleitet. Dort wurden dem Investor Köhler und von Barga in Gesprächen beim Bezirksamtsleiter einige Zugeständnisse abgerungen. Eine Bekräftigung des Minimalkonsenses der Parteien hinsichtlich der politischen Forderungen, von uns als Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, wurde mit der Begründung abgelehnt, das sei doch alles vereinbart und habe in der Zeitung gestanden. Ob das verhindert, dass sich das Profitinteresse gegen die unverbindlichen Zusagen durchsetzt, wenn die Baugenehmigung erst mal erteilt ist – wir bezweifeln das zutiefst. Urvertrauen in die Glaubwürdigkeit von Investoren kann keine politische Festlegung ersetzen. Wir haben im Bauausschuss und in der Bezirksversammlung deutlich gemacht, dass wir eine genossenschaftliche Lösung im Einvernehmen mit den AnwohnerInnen vorziehen würden und die Erteilung der Baugenehmigung als einzige abgelehnt.

Positiv stellen wir fest, dass das Centro Sociale nunmehr die Räume in der Sternstraße wohl im April dauerhaft übernehmen kann. Die konkreten Bedingungen bedürfen noch einiger Verhandlungskraft und sicher auch politischer Begleitung.

Demnächst werden wir alle auch Gelegenheit haben, uns in die Planungen für das Gelände des REAL-Marktes einzubringen. Dass die dafür vorgesehenen Workshops demnächst beginnen, hat in der Zeitung gestanden. In der Zeitung gestanden hat allerdings vor anderthalb Jahren auch, dass die Schilleroper an den Eigentümer des Zirkus Roncalli verkauft und laut Bezirksamtsleiter eine Abbruchgenehmigung erteilt sei. Stimmt beides nicht. Hoffentlich kommt die Sache mit den Workshops der Wahrheit näher.

Aktuell haben wir es mit dem Ansinnen des Buddhistischen Zentrums zu tun, ein Stupa – eine Art überlebensgroße Mensch-ärgere-Dich-nicht-Figur – im öffentlichen Raum beim Grünen Jäger aufzustellen. Wir stehen dem sehr skeptisch gegenüber – nicht weil wir Anhänger eines Minarettverbots sind, sondern weil wir finden, dass öffentlicher Raum allen BürgerInnen gehört und nicht für religiöse Zwecke genutzt werden sollte.

Im kommenden Jahr werden wir es vor allem mit den Folgen der politisch gewollten öffentlichen Armut zu tun haben. Es gilt zu versuchen, Streichungen und Kürzungen im sozialen Bereich zu verhindern bzw. zurückzukämpfen.

Insgesamt stellen wir fest, dass wir dort gut und erfolgreich sind, wo wir den Kontakt zu den Menschen und ihren Initiativen vor Ort halten. Das kann auch nur der Grundsatz sein: Wir machen nicht Politik im Parlament für d.h. anstelle der Menschen, sondern wir wollen die Interessen der Menschen aufnehmen und versuchen, mit ihnen gemeinsam an deren Durchsetzung auch im Parlament zu arbeiten. Dafür sind wir angetreten und dafür stehen wir.

## Öffentliche Bücherhallen ohne Spielecken

Kürzlich wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass Ende vergangenen Jahres die »Spielecke« in der Zentralbibliothek der »Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen« (HÖB) am Hühnerposten geschlossen und die Möglichkeit der Ausleihe von (Brett-)Spielen aufgehoben worden sei. Es hieß, dass sie an die Bücherhalle in Blankenese gegangen seien, weil man nach Aussagen eines HÖB-Beschäftigten dort »mit den Spielen besser umgehen würde«.

Ich wollte mit einer Kleinen Anfrage vom Senat wissen, was es damit auf sich hat – und durfte wieder mal so manches erstaunliche Detail erfahren, das ich den LeserInnen dieses Briefes nicht vorenthalten möchte.

Zu der von dem HÖB-Mitarbeiter getätigten Aussage habe ich keine Stellungnahme bekommen. Vielmehr heißt es in der Senatsantwort, dass die noch intakten Spiele »auf viele verschiedene Stadtteilbibliotheken verteilt worden sind«. Im Jahre 2009 sind alleine in der Zentralbibliothek 3.864 Spiele ausgeliehen worden, das macht bei rund 300 Öffnungstagen immerhin ein gutes Dutzend pro Öffnungszeit. In der Senats-

antwort lese ich weiter, dass »lediglich die Gesellschaftsspiele zum Jahresende aus dem Bestand genommen wurden, Lernspiele werden dagegen weiterhin angeboten«. Nach den Lernspielen fahnden die Eltern offenbar noch immer!

Ich hatte nach der Frequentierung der »Spielecke« gefragt, geantwortet wurde mir, »es gibt keine Spielecken in den Bücherhallen«, seit 1998 allerdings überall »gestaltete Kinderlesebereiche mit Aufenthaltscharakter«. Lassen wir die Sophistik, wichtiger ist der Anlass, der zur Beendigung der Spiele-Entleihe geführt hat: »Hintergrund ist, dass durch die automatische Ausleihe und Rückgabe der Medien in der Zentralbibliothek eine Prüfung der Einzelteile der Gesellschaftsspiele nicht mehr durchführbar war.« Diese Begründung ist allerdings nun völlig aberwitzig: Da werden seit einigen Jahren die HÖB-BesucherInnen angehalten, die zu entleihenden Bücher über einen Scanner zu ziehen und damit selbständig die Entleihefrist in Gang zu setzen. Das hat bereits einige Arbeitsplätze gekostet. Später wurde auch die Rückgabe der entliehenen Medien umgestellt, sie ist seitdem mittels ei-



Die Zentrale der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen am Hühnerposten

ner riesigen Sortieranlage durch die KundInnen selbst zu bewerkstelligen. Das hat wieder Arbeitsplätze gekostet – und verhindert, dass die HÖB-MitarbeiterInnen auf die zurückgebrachten Bücher oder Spiele einen Blick werfen können. Im Klartext: Der Spieleverleih ist der Streichung von Mitteln und Personal zum Opfer gefallen. Ich frage mich, wann auch die Bücher nicht mehr entliehen werden, weil ja auch sie Schäden davon tragen könnten!

Die Antwort auf die Kleine Anfrage wirft insgesamt kein gutes Licht auf das »HÖB-Wesen«: Das Ergebnis ist bedrückend, wenn man die Bücherhallen als einen wichtigen kulturellen Faktor schätzt, der vor gut 90 Jahren geschaffen wurde, um das Bücher auch in die Haushalte und Familien mit geringerem Einkommen zu bringen. Das Gesamtbudget der HÖB ist von 45.963.000 Euro (1990) auf 55.675.000 Euro (2000) noch angewachsen, danach aber dramatisch ein-

geknickt: Von 28.679.000 Euro (2001) ist es mal gerade wieder auf 33.237.000 Euro (2009) angestiegen. Unter der Überschrift »Rationalisierungsmaßnahmen 1997 bis 2009« wird in der Senatsantwort auf zwei Seiten aufgelistet, was mit einem Großteil der Bücherhallen in diesem Zeitraum passiert ist: 22 Bücherhallen wurden seit Ende der 1990er Jahre geschlossen.

Auch hier hat der Senat am falschen Ende gespart. Für eine Metropole wie Hamburg ist ein flächendeckendes Bücherhal-  
lenangebot mit Spielecken, sie können gern auch »gestaltete Kinderlesebereiche mit Aufenthaltscharakter« heißen, unverzichtbar. Mit einer Zentralbibliothek, die nicht einmal die Mittel bereitstellt, den Rücklauf von täglich 10 bis 15 Spielen zu kontrollieren, stellt sich das gern bemühte »Tor zur Welt« selbst ein kulturelles Armutszeugnis aus.

## Armut, Lohndumping & Mietensteigerungen

Die Gruppe der Armen in der Stadt wächst, und auch das Gefälle zwischen den betuchten und den z.T. schon fast abgehängten Stadtteilen, wie die Daten des »Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein« belegen. Ende Oktober 2009 meldete es, dass 43,4% der Kinder unter sieben Jahren im Bezirk Mitte (im Hamburger Durchschnitt 26,0%) auf staatliche Hilfe angewiesen waren, das sind 8.193 Kinder, fast jedes zweite in diesem Alter (»Statistik informiert«, Nr. 112/2009 vom 27.10.2009).

Die erste Mitteilung des Statistikamtes zum neuen Jahr ist nicht besser: Danach waren Ende 2008 hamburgweit rund

13% der EinwohnerInnen auf staatliche Transferleistungen zur Sicherstellung der laufenden Lebensführung angewiesen. Die fünf höchsten Quoten wurden auf der Veddel (29,7%), Wilhelmsburg (27,4%), Rothenburgsort/Billbrook (27,3%), Billstedt (26,6%) und in Jenfeld (26,0%) erreicht. Deutlich anders sieht es in Nienstedten und Lemsahl-Mellingstedt (je 1,3%), in Groß Flottbek und Othmarschen (je 1,5%) sowie in Sasel (1,7%) aus (»Statistik informiert«, Nr. 1/2010 vom 13.1.2010).

Ein tiefer Riss geht durch die Stadt – Hartz IV und Dauerarbeitslosigkeit, Sozial- und Leistungsabbau tragen ihre Früchte!

Wie mit der Streichungsrunde des Senats im vergangenen Jahr bereits angekündigt, stehen wir in den kommenden Monaten voraussichtlich vor dem größten Sozialabbau des vergangenen Jahrzehnts. Alleine die Bezirke sollen sich an der so genannten Haushaltskonsolidierung in den Jahren 2010 bis 2013 mit einer Einsparsumme von 47,424 Mio. Euro »beteiligen«. Den Löwenanteil wird dabei der Bezirk Mitte schultern müssen. Die Streichungen sehen Einsparungen von 1,377 Mio. Euro (2010), 2,046 Mio. (2011), 2,718 Mio. (2012) bzw. 2,952 Mio. (2013) vor, summa summarum 9,093 Mio. Euro.

Wenn in den kommenden Jahren zahllose der jetzt noch bestehenden 1.586 Stellen (Ende 2009) im Bezirk Mitte gestrichen werden, dürften dies die BürgerInnen rasch spüren – durch die Schließung bzw. Zusammenlegung von Bezirksstellen, durch die Verkürzung von Öffnungszeiten oder gar die Auflösung einzelner Einrichtungen. Einen kleinen Vorgegeschmack bekommen bereits jetzt die Beschäftigten freier Träger zu spüren. Gesundheits- und Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) hat kurzerhand die Mittel für die Tarifierung »eingespart«. Nach mir vorliegenden Informationen handelt es sich im Bezirk Mitte um die Summe von 170.000 Euro, die die freien Träger dadurch »auffangen« sollen, dass sie Mittel aus ihrem Sach- und Honorarstat zur Verfügung stellen. Dies wäre gleich eine doppelte Provokation: Den Beschäftigten der Einrichtungen die ihnen zustehende Tarifierung vorzuenthalten und letztlich den freien Trägern die Verantwortung für die tarifgerechte Entlohnung ihrer MitarbeiterInnen zuzuschieben! Dieses Vorgehen verlangt eine nachhaltige Antwort von Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE!

Lohndumping dürfte einer der bevorzugten Wege sein, den auch öffentliche Unternehmen in Hamburg einschlagen werden, um die Krise auf die ArbeitnehmerInnen abzuschieben. Wie erst das wiederholte Insistieren der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte ergeben hat, stehen den 83 im Garten- und Landschaftsbau des Bezirks eingesetzten Ein-Euro-Jobbern gerade mal neun sozialversicherungspflichtig angestellte Arbeitskräfte gegenüber (2007 waren es noch elf). Oder nehmen wir das Beispiel SAGA GWG. Dieses städtische Wohnungsunternehmen hat nach Angaben von ver.di im Jahre 2007 die Zeitarbeitsfirma »BCH« gegründet. In dieser sind 75 MitarbeiterInnen für leichte Bürodienste und Hausmeistertätigkeiten angestellt, die ca. 30% weniger verdienen als ihre festangestellten KollegInnen bei der SAGA, sich zudem mit befristeten Arbeitsverträgen be-

gnügen müssen und ohne Kündigungsschutz sind. Hamburgs ver.di-Chef Wolfgang Rose kritisiert zu Recht: »Es ist ein Skandal, dass die Stadt von solchen prekären Beschäftigungsverhältnissen in ihrem Unternehmen profitiert. Letztlich dienen die SAGA-Leiharbeiter dazu, dass die Stadt die Elbphilharmonie bauen kann.« (»Morgenpost« vom 31.1.2010).

Inzwischen liegt auch die Senatsantwort auf meine Kleine Anfrage zum Thema »Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis« vor. Daraus ergibt sich u.a., dass die SAGA-Durchschnittsmieten von 1997 bis 2007 von 3,78 Euro/qm auf 4,81 Euro/qm, also um 1,03 Euro/qm bzw. nahezu 33 % angestiegen sind, während die Nettokaltmieten laut Mietenspiegel 1997 bzw. 2007 von 5,77 Euro/qm auf 6,53 Euro/qm, also um 0,76 Euro/qm bzw. 17,1 % zugelegt haben. Im Klartext: Ausgerechnet die SAGA hat die Mieten für ihre (Sozial-)Wohnungen fast doppelt so schnell erhöht, wie der »freie« Wohnungsmarkt. Nicht eben sozial, aber das von Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk geleitete öffentliche Unternehmen muss ja noch bis 2011 alljährlich 100 Mio. an den Hamburger Etat abführen – herausgepresst aus den SAGA-MieterInnen und verwendet u.a. für das ständig teurer werdende Leuchtturmprojekte Elbphilharmonie.



Parade »Recht auf Stadt« am 18.12.2009

## Die LINKE und die Gentrifizierung

Gentrifizierung steht für die Aufwertung und Verdrängung innenstadtnaher Quartiere. Gegen diese Entwicklungen mobilisiert seit dem Sommer 2009 das Netzwerk »Recht auf Stadt«, dem sich anlässlich der großen Parade am 18.12. rund 100 Initiativen, Vereine und Verbände angeschlossen haben. Auch DIE LINKE ist Teil dieses Widerstandspotenzials. Der Landesverband der Partei lädt zu einer Arbeitstagung ein, auf der über diese Entwicklungen diskutiert werden soll:

- Samstag, 6. Februar, von 14:00 bis 17:00 Uhr, in den Fraktionsräumen der LINKEN in der Bürgerschaft, Curienstraße 2 (1. Stock).

Einleitende Statements von Antje Schellner (für die Bereiche Stadtentwicklung und Verkehr zuständige Fraktionsmitarbeiterin), Michael Joho (mein wissenschaftlicher Referent) und mir. Um Anmeldung unter [antje.schellner@linksfraktion-hamburg.de](mailto:antje.schellner@linksfraktion-hamburg.de) wird gebeten.



# U- und S-Bahn: Netzwerk für Barrierefreiheit

von René Senenko



René Senenko auf der Kundgebung für einen barrierefreien U-Bahnhof Ochsenzoll 2009

Im Sommer 2008 wagte sich eine fünfköpfige Gruppe mit einer Unterschriftensammlung an die Öffentlichkeit. »Ein Lift für Ochsenzoll«, forderte sie. Gemeint war der U-Bahnhof Ochsenzoll, die letzte bzw. erste Station der Linie U1 auf Hamburger Gebiet. Zwar reagierte die Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) auf das Ansinnen der Ochsenzoller ablehnend: Das Verkehrsaufkommen am Ochsenzoll sei zu gering und seine Bedeutung als Umsteigebahnhof sei minimal. Geld für einen Lift sei ohnehin nicht da.

Doch die Aktion wirkte nach. Das Thema bewegte ja nicht nur Gehbehinderte, Rollifahrer und Senioren am Gehwagen. Auch Mütter mit Kinderwagen stehen hilfeschend am Bahnhof, bis endlich jemand mit anzufassen bereit ist. Das stärkste Echo kam aber aus der neuen Wohnanlage »Bärenhof«, unweit der Bahnstation. Senioren und Behinderte waren da kürzlich eingezogen, weil die Anlage barrierefrei ist. Was der Vermieter aber von vornherein verschwiegen hatte: Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr war alles andere als das. So wurde durch die Aktion ein junges Phänomen publik: Zwar entsteht immer mehr barrierefreier Wohnraum in Hamburg, doch die Infrastruktur kommt nicht nach. Eigentlich müsste der Senat nun mehr Mittel in die barrierefreie Nachrüstung der Schnellbahnhöfe stecken, meint man. Doch Herr von Frankenberg, CDU-Bürgerschaftsmitglied, rief bei unserer Demo am Rathaus am 4. Juni 2009 klagend in die Menge: »Wir können den Bauherren doch nicht verbieten, Wohnungen zu bauen«.

Die Ochsenzoller Aktion kam offenbar zur rechten Zeit. Anwohner anderer Haltestellen und Standorte waren nun ermuntert, sich ebenfalls für einen barrierefreien Zugang an ihrem Schnellbahnhof einzusetzen. Rasch bildeten sich neue Gruppen in der Wohnanlage »Bärenhof« sowie an den Stationen Langenhorn-Nord (U1) und Kornweg (S1). Zwei Demos am Bahnhof Ochsenzoll, drei Unterschriftensammlungen, zahlreiche Anfragen in der Bezirksversammlung-Nord und in der Bürgerschaft, ungezählte Medienberichte und schließlich zwei hamburgweit organisierte Demonstrationen in der Innenstadt waren die Folge. Die Bewegung gewann an Fahrt. Allein Erwin Friedeboldt, der für einen Lift am U-Bahnhof Langenhorn-Nord streitet, sammelte 2.448 Unterschriften für seine Forderung. In der Woche vor den Bundestagswahlen im September übergaben einige der entstandenen Initiativen ihre Unterschriftenlisten dem Senat. Und auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz fand eine vom SoVD und von der LAG vorbereitete Demonstration »S- und U-Bahnen für Alle« statt. Dort zeigten die Betroffenenverbände und das entstandene Netzwerk für mehr Barrierefreiheit dem Senat die Zähne.

Was hat es gebracht? Senat und HVV reagierten auf ihre Weise. Im Oktober startete der HVV eine Medienkampagne, in deren Verlauf keinem Fahrgast entgangen sein wird, was der HVV nicht alles für sein Wohl tun will. In den kommenden beiden Jahren sollen mittels der Konjunkturprogramme der Bahn und bereits bestehender HVV-Programme viele der Hambur-

ger S-Bahnstationen barrierefrei gemacht werden. Auch in Hamburg-Nord. Das ist eine gute Sache, und wir werden dem Senat dabei auf die Finger sehen.

Um unsere Aktionen vergessen zu machen, warf der HVV Nebeltöpfe. In seinen Pressemeldungen vermischte er absichtsvoll alle Schnellbahnbereiche. Sah man genau hin, stellte sich nämlich heraus, dass für den U-Bahnbereich weder Konjunkturprogramme geplant waren, noch der Senat einen Euro zusätzlich dort zu investieren gedachte. Zwar stellte der HVV in seiner Kampagne die geplanten Umrüstungen der U-Bahn-Haltestellen Berliner Tor, Berne, Horner Rennbahn, Jungfernstieg und Kellinghusenstraße groß heraus. Doch die Wahrheit ist: Diese Stationen stehen bereits seit 2003 auf der Prioritätenliste. Sie sind also seit langem überfällig!

In München gibt es ebenso viele U-Bahnhaltestellen wie in Hamburg und Umland: 89. Doch sind in Bayerns Metropole seit 2008 alle U-Bahnhöfe barrierefrei zugänglich. In Hamburg sind es gerade mal 30; im Stadtgebiet sind das 37,5%. Bei der S-Bahn sieht es vielversprechender aus. Sie will bis 2011 insgesamt 15 Haltestellen in Hamburg umrüsten. Ein gigantisches Versprechen. Fällt nach Realisierung dieses Vorhabens die Hansestadt in ihr altes Umrüstungstempo zurück, dann wird Hamburg erst in 37 Jahren das sein, was wir heute barrierefrei nennen!

Es gibt gute Anzeichen dafür, dass die entstandene Barrierefrei-Bewegung nicht einschläft. Von uns ermuntert ist noch vor Jahresausgang 2009 die Anwohnerin eines weiteren Bahnhofs in Nord aktiv geworden. Ilse Bülk (72) schrieb Briefe an die Hochbahn und an die BSU und will eine Unterschriftensammlung beginnen, damit ihre U1-Haltstelle, Fuhlsbüttel-Nord, einen Fahrstuhl erhält. Dieser Bahnhof ist baugleich der Station Langenhorn-Nord, und mit 38 Stufen gehört er zu den schweren Hürden für Gehbehinderte. Dabei hat der Umbau der ebenfalls aus den 20er Jahren stammenden Station Großhansdorf (U1) gezeigt, dass die barrierefreie Umgestaltung auch solch alter Stationsbauten heute technisch kein Problem mehr darstellt, sofern die Mittel dafür bereit gestellt werden.

## Frühjahrs-Gesprächsrunden

In den kommenden Wochen werde ich in den im Bezirk Mitte bestehenden Stadtteilgruppen der LINKEN zu Gast sein. Am Beginn der Gesprächsrunden in diesem Frühjahr steht eine Veranstaltung des »Einwohnervereins St. Georg von 1987« zum Thema »Gegen die Zerstörung der sozialen Strukturen in St. Georg«. Unter diesem Motto hat der Verein rund 2.300 Unterschriften gesammelt. Dabei geht es vor allem um Aspekte, die weit über das Hauptbahnhofviertel hinaus die Debatten der letzten Wochen maßgeblich unter dem Motto »Recht auf Stadt« prägten: Mietexplosion für MieterInnen und Kleingewerbetreibende in den innenstadtnahen Quartieren, Aufwertung, Verdrängung und Gentrifizierung, aber auch soziale Erhaltungsverordnungen und Formen der Gegenwehr:

- Mittwoch, 3. Februar, 20:00 Uhr, im Gemeindesaal (Stiftstraße 15)

Das im Vorjahr entstandene Barrierefrei-Netzwerk aller Initiativen im Norden Hamburgs hat sich vorerst bewährt. Wer nur für den Lift an »seinem« Bahnhof kämpft, steht auf verlorenen Posten. Wer sich hingegen dem Netzwerk anschließt, der wird von den Aktivisten der anderen Standorte unterstützt, sowohl beim Unterschriftensammeln als auch bei Anfragen in der Bezirksversammlung, mit Kontakten zu Medien und Lokalpolitikern. Die Plattform [www.Mit-Nachdruck.de](http://www.Mit-Nachdruck.de) ist zum Bewegungsmelder für die Barrierefrei-Gruppen in Nord geworden.

Bei den ersten Aktionen gab es noch Mitstreiter, die die »Politiker nicht dabei haben« und die nur für »ihren« Bahnhof kämpfen wollten. Wären wir diesen Ansichten gefolgt, heute spräche kein Mensch mehr über die Liftinitiativen im Norden. Neben den Aktivisten der Verbände und Gruppen waren es nämlich auch einige Bezirksabgeordnete in Nord, wie Jupp Peine (Linke), der von der ersten Demo am 9. Februar 2009 an dabei war, bei Nässe und Kälte. Er hat die Bürger ermuntert, weiter zu machen. Wer kämpft, kann verlieren, meinte er. »Wer nicht kämpft, hat schon verloren«.

Erinnert sei auch an die konkrete Unterstützung von Joachim Bischoff, MdBü für Die Linke, an seine Hilfe beim Druck von Handzetteln und Plakaten und an seine Teilnahme an drei unserer Demos, bei denen er auch das Wort ergriff. Selbst unsere Sceptiker haben bemerkt: Die Linke in Hamburg tut was, auch im Stadtparlament. Erinnert sei an die politischen Initiativen in der Bürgerschaft: die »Aktuelle Stunde« zum Thema Barrierefreiheit am 22. April 2009. Und erst durch die Antwort des Senats auf Joachim Bischoffs Kleine Anfrage vom 23. September bekamen wir es schwarz auf weiß: Der Senat denkt nicht daran, der Forderung der Behindertenverbände (LAG), jährlich zehn Stationen barrierefrei zu gestalten, auch nur ein Stück weit entgegen zu kommen.

Verlorene Illusionen stehen so am Beginn des neuen Jahres und die Einsicht, dass ein langer Atem vonnöten ist, ein sehr langer. Eines hat die Bewegung im Jahr 2009 aber dennoch gebracht. Das Thema Barrierefreiheit ist aus den Köpfen der Hamburgerinnen und Hamburger nicht mehr wegzudenken.

Auf dem Podium werde ich mit den Bürgerschaftsabgeordneten Jörg Hamann (CDU), Farid Müller (GAL) und Andy Grote (SPD) diskutieren.

Folgende Veranstaltungen mit den Stadtteilgruppen der LINKEN (»Fraktion vor Ort«) sind bisher vereinbart worden:

- Finkenwerder, Dienstag 9. Februar, 20:00 Uhr in der »Baustelle« (Sandhöhe 11);
- St. Georg, Mittwoch 17. März, 20:00 Uhr (Ort wird noch bekannt gegeben);
- Hamm/Horn/Borgfelde, voraussichtlich Donnerstag 18. März, 19:00 Uhr (Ort wird noch bekannt gegeben);
- Wilhelmsburg, ebenfalls für März vorgesehen (genauer Termin und Ort wird noch bekannt gegeben);
- St. Pauli, Dienstag 4. Mai, 19:30 Uhr (Ort wird noch bekannt gegeben).

## Kultur-Tipp: Wiederkehr des Verdrängten



Gerda Zorn, geb. 1920, ist eine Jahrhundertzeugin. Sie hat vier politische Systeme in Deutschland erlebt, ihre Schulzeit verlief in der Weimarer Zeit, 1934 begann ihr beruflicher Werdegang. Zunächst arbeitete sie bei der Tobis Filmgesellschaft, als sie sich aber weigerte, dem BDM beizutreten, musste sie die Firma verlassen. Das Kriegsende erlebte sie in Berlin bei der deutschen Propaganda-Nachrichtenagentur Transocean. Später fand sie Arbeit bei der Presse der russischen Alliierten in Berlin. 1950 wurde sie Redakteurin im Amt für Information in Ost-Berlin. Nach nur einem einzigen Kinobesuch im Westen schickte man sie zur Bewährung in die Fabrik. Als sie sich wehrte, erhielt sie Berufsverbot. 1956 folgte sie einem Freund aus dem Westen, heiratete ihn und zog nach Kassel. Sie arbeitet als Journalistin und engagiert sich in der Friedensbewegung, eine Zeit lang war sie aktiv im Schriftstellerverband und in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Gerda Zorn ist insbesondere bekannt mit ihren Büchern über den Kampf gegen das Naziregime, sie hat

viele Berichte von Angehörigen der Aktivistinnen des Widerstands ausgewertet und mit ihren Veröffentlichungen dafür gesorgt, dass ihre Schicksale nicht in Vergessenheit gerieten. Sie veröffentlichte wichtige Beiträge zur kritischen Aufarbeitung der deutschen Vor- und Nachkriegszeit (u.a. die Bücher »Rote Großmütter. Gestern und heute«, »Nach Ostland geht unser Ritt« [mit einem Vorwort von Herbert Wehner und einem Geleitwort von Egon Bahr] und »Frauen gegen Hitler« [zus. mit Gertrud Meyer]). In ihrer Autobiografie »Wiederkehr des Verdrängten«, aus der sie am Sonntag, den 7. Februar um 17:30 Uhr im Literaturhaus Hamburg (Schwanenwik 38, Unkostenbeitrag: Euro 4,-, Kartenreservierungen unter 227 92 03/207 69 037 oder [lit@lit-hamburg.de](mailto:lit@lit-hamburg.de)) liest, schildert Gerda Zorn u.a. ihre Erlebnisse nach dem Ende des Krieges in der Ostzone, der späteren DDR, als Redakteurin und Journalistin. Ihre Autobiografie versteht sie auch als Danksagung und Erinnerung an die vielen engagierten Menschen, die sie auf ihrem kämpferischen Weg begleitet haben.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**